

# INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort	11
Einleitung	13
ERSTER TEIL	
A. ZUM AUFBAU UND ZUR BEDEUTUNG DER REICHSWERKE „HERMANN GÖRING“	22
I. DIE REICHSWERKE IM VERLAUF DES VIERJAHRESPLANS	22
1. Zur Vorgeschichte und Gründung der Vierjahresplan-Organisation	22
2. Die Gründung der „Hermann-Göring-Werke“	25
a) Technologisch-ökonomische Bedingungen der Eisenerzverhüttung	25
b) Gründung einer Aktiengesellschaft	27
II. AUFBAU UND STELLUNG DER „HERMANN-GÖRING-WERKE“ (HGW)	28
1. Politische und ökonomische Bedeutung der HGW	28
a) Die Expansion der HGW	28
b) Konzerninterne Machtkämpfe und die Neuordnung der Reichswerke	32
c) Zur Rolle Pleigers und Geilenbergs in der Kriegswirtschaft	33
2. Die Reichswerke im Salzgitter-Gebiet	36
a) Industrialisierung und Technologie	36
b) Zum Werksaufbau 1937 – 1945 Die Eisen- und Stahlindustrie	40
c) Die Munitionsbetriebe	43
3. Zur Stadt- und NSDAP-Kreisgründung im Wirtschafts- gebiet der Reichswerke	49

ZWEITER TEIL	
B. DIE ARBEITSEINSATZ- UND SOZIALPOLITIK DER REICHSWERKE	53
I. ORGANISATION DES PERSONAL- UND SOZIALWESENS	53
1. Gliederung der Unternehmens- und „Gefolgschaftsführungen“ im Konzern und in den Betrieben	53
2. Ziele der Arbeitseinsatz- und Sozialpolitik	
a) Arbeitseinsatz als Dienst für die Front	61
b) Sozialpolitik im Arbeitseinsatz	61
c) Arbeitseinsatz und Sozialpolitik als Aufgabe der „HGW-Betriebsgemeinschaft“	62
d) Der Personalchef: Wilhelm Meinberg	63
e) Sozialpolitik als Lebensraumordnung des Werkes	64
	65
II. BESCHÄFTIGUNGS- UND BEVÖLKERUNGSENTWICKLUNG IM REICHSWERKE-GEBIET 1937–1944/1945	67
1. Beschäftigungsentwicklung 1938 bis 1944/45	
a) 1938–1941/1942	67
b) 1942–1944/45	67
	75
2. Soziale Gliederung der in- und ausländischen Arbeiter und Angestellten nach Betrieben	75
III. ANWERBUNGS- UND REKRUTIERUNGSPOLITIK	83
1. Behördliche und betriebliche Arbeitseinsatz-Organisation	83
a) Engagement der Reichswerke	
b) Das Arbeitsamt „Reichswerke Hermann Göring“	83
c) Die Konzernabteilung „Arbeitseinsatz“ 1938–1942	86
d) Die Konzernabteilung „Arbeitseinsatz“ ab 1942	89
	93
2. Anwerbepolitik im In- und Ausland 1938–1941	
a) Deutsche Arbeiter und Angestellte	96
b) Ausländer aus verbündeten und neutralen Ländern (Italien, Rumänien)	96
	104
c) Ausländer aus den besetzten und staatlich zerschlagenen Ländern („Protectorat“, „Generalgouvernement“)	107

d) Ausländer aus den besetzten Ländern Westeuropas (Niederlande, Frankreich)	112
e) Kriegsgefangene	118
3. Die Anwerbepolitik 1942–1944	120
a) Der Streit um deutsche Arbeiter	120
b) Strafgefangene der Wehrmacht bei den HGW (1942)	122
c) Zwangsrekrutierung im besetzten Ausland: das Beispiel Frankreich	123
d) Zwangsrekrutierungen in der Sowjetunion	129
4. Der Einsatz von niederländischen Justizstraf- gefangenen (1942)	133
5. Der Einsatz von KZ-Häftlingen in der Rüstungsindustrie	136
a) Scheitern der Einsatzpläne im Frühjahr 1941	136
b) Zur Umorganisation des KZ-Systems	137
c) Die Errichtung von „Außenkommandos“	138
d) Die Kooperation zwischen Reichswerken und SS und die Errichtung neuer Munitionsbetriebe	140
e) Verhandlungen und Planungen über den Häftlingseinsatz	141
f) „Kapo-System und Häftlingsarbeit“	145
g) Arbeit und Vernichtung	146
6. Fahndungsmaßnahmen, Heimreisebeschränkungen und Urlaubsverbot als Druckmittel gegen Abwanderungen und Flucht der ausländischen Arbeiter	148
a) Abwanderungen und Flucht	148
b) Proteste und Beschwerden der Arbeiter	150
c) Fahndungsmaßnahmen und Freizügigkeitsbeschränkungen	154
7. Rassismus und Leistungsanforderungen	162
Ausgrenzung und Anpassung	
Zum Sonderrecht für Polen und „Ostarbeiter“	
Zum Widerspruch von Diskriminierung und Arbeitsleistung	
Diskriminierung und Normverstöße	
Zur ambivalenten Stellung der „Volksdeutschen“	
8. Zusammenfassung	174

<b>IV. DIE BETRIEBS- UND SOZIALPOLITIK IN DEN REICHSWERKEN</b>	<b>178</b>
1. Rationalisierung und Leistungsdruck	178
a) Technologische und betriebsorganisatorische Entwicklungen	179
b) Leistungsintensität, Arbeitsplatzhierarchie und Antreiberei durch Vorgesetzte	188
c) Lohnsetzungen, Akkordmaßstäbe und Prämiensysteme	193
2. Stammgefolgschaftsprinzip und berufliche Qualifikation	212
a) Hierarchisierung durch betriebsbezogene Statuszugehörigkeit	212
b) Betriebliche Sonderleistungen	216
c) Zur Berufsausbildung und Umschulung	224
d) Der Konflikt der HGW mit den Angestellten und seine propagandistische Regulierung	226
3. Das Gesundheitswesen als betriebliche Leistungsmedizin	230
a) Selektive Funktion im Arbeitseinsatz	232
b) BKK- und Vertrauensarztssystem	235
c) Gesundheitspolitik im Spiegel der Geschäftsberichte	238
d) Gesundheitsvorsorge und Kontrolle im Dienst des Arbeitseinsatzes	242
e) Verbreitung des „Reichswerke-Modells“ in der Rüstungswirtschaft	253
f) Das „Todeslager 24“ – Sterbelager für einsatzunfähige Ausländer	254
4. Industrie- und sozialpolitische Bedeutung des konzernerneigenen Wohnungs- und Siedlungsbaus	257
5. Errichtung der Barackenlager und Organisation des Lagersystems	269
a) Massenunterkünfte als Kontrollgebiet	269
b) Lagerhierarchie und -verwaltung	276
6. Die Versorgungsbetriebe („Verso“) der Reichswerke	282
a) Errichtung der Werkskonsumanstalten	282
b) Konflikte mit den niedersächsischen Handwerks- und Handelsbetrieben	287
c) Protest und Konflikte um die Arbeiterverpflegung	288
7. Betriebliche Familienfürsorge	295
8. Zusammenfassung	298

DRITTER TEIL	
C. STAATLICHE UND BETRIEBLICHE REPRESSIONSTRATEGIEN	303
I. DIE GEHEIME STAATSPOLIZEI (GESTAPO)	303
1. Zur Entwicklung der Gestapo und des Reichs- sicherheitshauptamtes (RSHA)	303
2. Die Staatspolizei Braunschweig	305
a) Von der Braunschweigischen Politischen Polizei zur Staatspolizeistelle Braunschweig	305
b) Organisation, Gliederung und personelle Besetzung der Staatspolizeistelle Braunschweig	306
II. DIE ERRICHTUNG DES STAATSPOLIZEILICHEN ARBEITS- STRAFLAGERS IM REICHSWERKE-GEBIET	312
1. Exemplarische Strafmaßnahmen vor und kurz nach Kriegsbeginn	312
2. Die Errichtung des Arbeitsstrafagers bei den Hermann-Göring-Werken (HGW)	313
a) Vorschläge des Reichstreuhanders der Arbeit	313
b) Der Arbeitszwang für Polen – Das „Erlaßpaket“ vom März 1940	314
c) Die Beteiligung der Reichswerke	318
d) Erste Bilanz durch Polizei- und Regierungsbehörden	321
3. Maßnahmen zur Arbeiterdisziplinierung	324
a) Erlasse des RSHA und RAM vom Juni 1940	324
b) Der Arbeitserziehungslager-Erlaß Himmlers vom 28. Mai 1941	326
c) Erweiterung des „Arbeitserziehungslagers 21“ und Errichtung eines Straflagers für Frauen	327
d) Einweisungsgründe	328
III. DAS „ARBEITSERZIEHUNGSLAGER-WATENSTEDT“	334
1. Lagerorganisation und Alltag im „Lager 21“	334
a) Lagerführung und Bewachung	334
b) Die Lagerverwaltung	335
c) Häftlingslager	336
d) Das Frauen-Straflager	339

2. Die Haftbedingungen im Lager 21	339
a) Polizeiliche Verhaftungen, Einlieferungen und Vernehmungen	339
b) Ärztliche und sanitäre Versorgung	345
3. Die Praxis der „Arbeitserziehung“	348
4. Der staatspolizeiliche Mord	360
a) Morde durch „Sonderbehandlung“	360
b) Weitere Mordaktionen	364
 IV. ZUR FUNKTIONALITÄT BETRIEBLICHER UND STAAT- LICHER REPRESSION	 370
1. Die Abwehrbeauftragten	370
a) Zur Funktion des Abwehrbeauftragten	370
b) Die Abwehrzentralen der Reichswerke	373
c) Die Abwehrbeauftragten der Reichswerke	374
d) Zur Tätigkeit des Abwehrbeauftragten	376
2. Der Werkschutz	379
3. Die Verfolgung von Leistungsverweigerern bis 1941	381
a) Arbeiterdisziplinierung als betriebliche Leistungssteigerung	381
b) Strafbefugnisse des Reichstreuhanders der Arbeit	384
c) Disziplinargewalt der Betriebsführer	389
d) Strafverfolgung durch die Justiz	391
e) Verfolgung durch die Gestapo	392
f) Zur Rolle der Haft im „Arbeitserziehungslager“ bei gerichtlichen Verfolgungen	393
g) Die Praxis der Arbeiterdisziplinierung im Reichswerke-Gebiet 1938–1941	395
h) Legitimation und Propaganda bei der Verfolgung von Leistungsverweigerern	397
4. Herrschaftskonflikte um die Disziplinierungs- praxis und Arbeiteropposition gegen das „Lager 21“	398
a) Proteste der DAF gegen die Mißhandlung deutscher Arbeiter	399
b) Konflikte wegen der Mißhandlung italienischer Arbeiter	401
c) Entscheidungsabläufe in der Verschärfung der Disziplinierungspraxis	404

5. Die Errichtung betriebsbezogener Schnelltribunale	414
a) Der Göring-Erlaß vom 22. August 1941	414
b) Kompetenzkämpfe zwischen Gestapo und Arbeitseinsatzverwaltung	415
c) Etablierung, personelle Zusammensetzung und Arbeitsweise der „Arbeitseinsatz-Tribunale“	417
d) Das Schicksal des französischen Zivilarbeiters Eugene Meige	421
6. Verstärkung der staatspolizeilichen Ausrichtung ab 1942	427
a) Staatliche Verfolgungsstrategien	427
b) Verbreitung des betrieblichen Arbeitseinsatz-Tribunals	430
c) Konflikte zwischen Gestapo und Reichstreuhandverwaltung	433
d) Sozialpolitische Empfehlungen der Reichsvereinigung Eisen	436
7. Versuche der DAF zur Etablierung ihrer Ehren- und Disziplinargerichtsbarkeit	437
8. Die Verfolgungspraxis bei den Reichswerken seit Herbst 1943	440
9. Umfang und Wirksamkeit des Repressionssystems im Arbeitseinsatz	446
10. Zusammenfassung	452
Abschlußbemerkungen	456
Anmerkungen	469
Quellen- und Literaturverzeichnis	564
Graphiken/Tabellen	595
Dokumente	598
Photonachweis	600
Abkürzungsverzeichnis	601
Personenregister	604